

Öffentliche Propaganda gegen die Rentner der DRV

Öffentliche Propaganda beeinflusst die Wahrnehmung in großem Umfang.

Die Bundesregierung, das Ministerium für Arbeit und Soziales, die Medien und die Versicherungen und deren Lobbyisten haben im Jahre 2009, anlässlich der Rentenerhöhung im Juli 2009 (die eindeutig ein Wahlkampfmanöver war, denn man hat sie künstlich hoch ausfallen lassen, damit die Wählerstimmen der Rentner nicht abwandern zur Opposition) in einer abgesprochenen Desinformationskampagne folgende Hauptthesen verbreitet:

- 1.) „Den derzeitigen Rentnern geht es so gut wie nie zuvor!“
- 2.) „Die Rentner fressen den Staat auf!“
- 3.) „Die Rentner leben auf Kosten der Jüngeren und plündern diese aus!“
- 4.) „Der Staat zahlt 2009 80Mrd. EUR Zuschuss in die Rentenkasse – schon ein Drittel des Sozialhaushaltes – und der Betrag wird weiter steigen!“
- 5.) „Rentner-Haushalte haben mehr Geld als Familien mit Kindern“(Institut DIW)

Mit diesen Falschbehauptungen, die ständig wiederholt wurden, auch in entsprechenden Politsendungen und Talk-Shows, wo die Lobbyisten dann, als „Wissenschaftler“ und „Rentenfachleute“ verpackt, ihre Unwahrheiten mit der größten Selbstverständlichkeit vortrugen (Mainhard Miegel, Bert Rürup, Bernd Raffelhüschen, Axel Börsch-Supan, Walter Riester, Peer Steinbrück u. andere).

Mancher Bürger ließ sich von den Parolen auch beeindrucken.
Doch die Tatsachen werden durch derartige Propaganda nicht verändert

Deshalb nenne ich Ihnen hier einige Tatsachen, die zum Themenkreis der obigen Propaganda-Sätze Erhellendes beitragen und über die deshalb bewusst in den veröffentlichten Informationen nicht berichtet wurde und wohl auch weiter nicht berichtet werden wird,

denn wir, die betroffenen Bürger, die wir alle zusammen mehr als die Hälfte unserer wahlberechtigten Bevölkerung ausmachen, sollen nicht merken, wie man uns seit Jahren schon gezielt „die Hosen herunter zieht“, um von unseren Pflichtversicherungsbeiträgen den staatlichen laufenden Haushalt zu sanieren.

Dass wir heutigen Rentner, ebenso wie die heute mittelalten Beitragszahler und die heute Jungen durch die Machenschaften der Regierungen, gleich welcher Zusammensetzung, um unsere Rente und unseren Lebensstandard im Alter gebracht werden, interessiert in Berlin offenbar niemanden.

Nun zu den einzelnen Propaganda-Sätzen:

Zu 1.) Die Behauptung ist falsch, um so mehr, als unterschwellig behauptet wird, dass gerade die derzeitige Regierung für das besondere Wohlergehen der Rentner Sorge.

Den Rentnern in Westdeutschland (was die große Mehrheit ist) ging es am Besten in der Zeit von Mitte der 70er Jahre bis Anfang der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Seither sinkt – relativ zur erwerbstätigen Bevölkerung unser Lebensstandard ständig weiter ab!

Allein, wenn man die Rentenerhöhungen von 1998 bis 2009 einschließlich betrachtet und gleichzeitig die Inflationsentwicklung im gleichen Zeitraum dagegen rechnet, haben wir Westrentner (Basis 1997= 100%) heute, im Jahr 2009 nach 12 Jahren 6% weniger Kaufkraft als 1997.

weiter Seite 2

Aber das ist noch nicht alles, denn der Staat hat den Rentnern noch weitere Ausgaben lasten aufgebürdet, die vorher nicht von ihnen zu tragen waren wie: Kosten für Brillenersatz, Zahnersatz, Sterbegeld, Praxisgebühr, Preissteigerungen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer 2005 von 16% auf 19%, höhere Steueraufschläge auf Mineral-Brennstoffe, Kostenüberwälzung der Mehrkosten im Einzelhandel durch Einführung der LKW-Maut auf den Bundesautobahnen.

Die Rentenerhöhung in 2009 ergab sich aus den hohen Lohnzuwächsen der Beschäftigten im Jahr 2008, die sich dann in 2009 auf die Festsetzung der Rentenhöhe nach der Rürup-Formel auswirkte, aber auch dadurch, dass die Regierung anwies, den „Nachholfaktor“ zur Absenkung der Rentenerhöhung um 0,5% pro Jahr, 2009 nicht zur Anwendung zu bringen. (Allerdings wird er künftig noch nachzuleisten sein, er ist uns nicht erlassen worden, nur verschoben.

Die Rentner-Bürger und Wähler ließen sich von diesem Manöver der Regierung täuschen und glaubten, dass „Merkel“ nun verstanden habe, wo der Schuh drückt. Und: die CDU blieb an der Macht, trotz ihrer sozialfeindlichen Politik.

Zu 2.) Auch diese Behauptung ist falsch. Die Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung fressen nicht den Staat auf!

Es ist vielmehr so, dass der Staat sich an den Zahlungseingängen der Pflichtversicherten und ihrer Arbeitgeber regelmäßig vergreift und daraus monatlich große Teile auf die staatlichen Konten überweisen lässt. Ca. 20 Mrd. EUR werden so jedes Jahr in den laufenden Bundeshaushalt gepumpt und stehen nicht mehr für Rentenleistungen an die versicherten Rentner zur Verfügung.

Deutsche Regierungen machen das schon seit Adenauer so, von höchsten Gerichten abgesichert. In mehr als 40 Jahren wurden insgesamt ca. 750 Mrd. EUR aus der Rentenkasse „entnommen“.

Man kann also zutreffender sagen: „der Staat plündert systematisch die Konten der Rentenversicherung zur Sanierung seiner Haushalte!“

Wie er das anstellt, können Sie unter 4.) nachlesen.

Zu 3.) Die Rentner leben nicht auf Kosten der Jüngeren und plündern diese auch nicht aus!

Wenn jemand die Jüngeren ausplündert, dann ist es dieser Staat mit seinen bisherigen und heutigen Regierungen, die allesamt „auf Pump“ gehaushaltet haben und weiter haushalten, obwohl genug Steuereinnahmen, gerade von uns kleinen Bürgern, hereinfließen. Das aufgebaute riesige Defizit muss von den heute Jungen in der Zukunft finanziert und abgetragen werden, ohne dass uns normalen Bürgern daraus irgend ein Vorteil erwachsen wäre.

Wir heutigen Rentner haben mit unserer Arbeitskraft und unserem Fleiß dieses Land nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut. Unsere Frauen, die heutigen Rentnerinnen, haben damals Gewaltiges geleistet, denn sie haben in dieser schwierigen Zeit dennoch Kinder geboren und sie aufgezogen. Um das schaffen zu können, blieb ihnen damals nur die Möglichkeit der klassischen Arbeitsteilung: der Mann geht arbeiten, die Frau hütet das Zuhause, erzieht die Kinder und kocht für die ganze Familie. „Nebenbei“ organisierte sie noch das Leben und Überleben der Familie in schweren Zeiten.

Und wir Beitragszahler waren in jungen Jahren natürlich kaum krank und Wohlstandskrankheiten waren bei uns so gut wie unbekannt. Die Folge war: unsere Pflichtbeiträge an die Rentenversicherung türmten sich zu einem riesigen Berg. Spaßhaft wurde dieser Berg Geldes nach dem damaligen Arbeitsminister Julius Leber der „Julius-Turm“ genannt. Ende der 60er Jahre enthielt er so viel Geld, dass

weiter Seite 3

davon mehr als 18 Auszahlungsmonate Deutscher Renten bezahlt werden konnten. Heute haben wir eine halben Monat Vorlauf, aber auch nur, weil die Rentenzahlung, vom Anfang des Monats um praktisch einen Monat verschoben wurde, ans Ende des Monats. Das Ganze ist also eine ziemliche Augenwischerei.

Jene Politiker, die dieses in all den Jahren veranlasst haben und jene Spitzenbeamten in Verwaltung und Justiz, die zuließen dass die jeweils Regierenden die Beitragsreserven der Rentenversicherung erst angezapft und dann hemmungslos verbraucht haben, bekommen teils heute noch eine ungeschmälerte volle Pension – samt Nebenbezügen.

Der Volkszorn wird nicht auf sie gelenkt, die die eigentlichen Verursacher der heutigen Situation sind, sondern wir, die heutigen und künftigen Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung sollen allein dafür büßen. Nirgendwo habe ich gehört, dass die Beamtenpensionen der negativen Entwicklung der Staatsfinanzen folgen sollen, obwohl mannigfaches Versagen hoher Beamter auf allen Ebenen maßgeblich zur heutigen Situation beigetragen hat.

Zu 4.) Auch diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, dass der Staat in 2009 an die Gesetzliche Rentenversicherung insgesamt 80 Mrd. EUR überweisen wird. Doch handelt es sich dabei nicht um eine Sozialtat des Staates zu Gunsten der Rentner, sondern um Erstattungsleistungen, die der Staat der Rentenversicherung schuldet, weil sie in seinem Auftrag Zahlungen an Leistungsempfänger durchführt, die nicht vorher Beitragsleistungen an die Rentenversicherung erbracht haben.

Von der öffentlich verbreiteten Zahl sind zunächst einmal die Transferleistungen in die neuen Bundesländer in Höhe von ca. 18 Mrd. EUR in 2009 abzuziehen, die von der DRV nur als Durchgangsposten an die Ostrentner weitergereicht wurden, da das Aufkommen der Pflichtbeiträge der aktuellen Arbeitnehmer in diesem Gebiet nicht ausreicht, die fälligen Renten zu finanzieren. Es bleiben also tatsächlich nur 61,4 Mrd. EUR in 2009 an die DRV übrig. Doch auch dieses Geld kommt nicht etwa den aktuellen Rentenleistungen an die Rentner zu Gute, wie man uns in den öffentlichen Darstellungen glauben machen will.

Diskret sind in den Finanzleistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung diverse Anteile „versteckt“, deren Auszahlungspflicht an die Berechtigten durch Bundesgesetze bestimmt wird. Begünstigte im ganzen Land und auch im Ausland erhalten so Leistungen, ohne je in der Rentenversicherung pflichtversichert gewesen zu sein. Dabei wird die Rentenversicherung weder in den Prozess der Gesetzesvorbereitung noch in den Verabschiedungsprozess eingebunden.

Dafür hat der Bund der Rentenversicherung Ausgleichszahlungen zu leisten, die bei der Verabschiedung jedes dieser „Leistungsgesetze“ festgelegt und in die Bundeshaushalte für die Zeit der vorgesehenen Leistungen mit eingerechnet wurden. Diese Erstattungssummen sind regelmäßig zu gering angesetzt, so dass die DRV durch Entnahmen aus den Pflichtbeiträgen zuschießen muss, um die gesetzlichen Verpflichtungen des Staates, also der Allgemeinheit, zu erfüllen. Im Jahre 2009 beträgt die Belastung der Rentenversicherung ca. 20 Mrd EUR, welche der Staat zu wenig an die DRV erstattet.

Um nur einige dieser staatlichen Verpflichtungen zu nennen:

Renten für Kriegsoffer und Kriegerwitwen

Entschädigungen an die Überlebenden des Warschauer Ghettos und ihre Nachkommen (inzwischen über 1 Mrd.EUR jährlich)

Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter in D im 2.Weltkrieg

Entschädigungen für politische Häftlinge der DDR

Entschädigungen der Opfer an der DDR-Grenze

weiter Seite 4

Ausfälle an Rentenbeiträgen durch Hunderttausende Vorruhestandsregelungen zur Entlastung der Industrie von älteren Arbeitnehmern, ohne Ausgleich
Ausfälle an Rentenbeiträgen durch die Einführung der Agenda 2010 mit der systematischen, staatlich geförderten Ausweitung des Niedriglohnbereiches ohne Ausgleich für die dadurch entstandenen Beitragseinbußen der Niedriglöhner und Leiharbeitnehmer wegen erheblich geringerer Löhne.

(Dieser Bereich entwickelt sich so rasant, was eindeutig zu Lasten der Sozialsysteme geht, zum Vorteil der Arbeitgeber, dass für die Zukunft hier die größte Bedrohung für die Finanzierung der DRV, aber auch der anderen Systeme, wie Gesetzliche Krankenversicherung, Gesetzliche Pflegeversicherung, gesetzliche Arbeitslosenversicherung zu sehen ist.)

Leistungen der Rentenversicherung als Zuschüsse bei Umschulungsmaßnahmen und Qualifizierungsmaßnahmen von Arbeitslosen, mit der Begründung, dass der so Umgeschulte ja dann sicherer und höher seinen Beitragspflichten als Arbeitnehmer nachkommen werde

Rentenfestlegung für 2,5 Millionen Einbürgerungsdeutsche aus Russland, Ukraine, Kasachstan und Rumänien, auf der Basis, als hätten sie bisher in ihrem Beruf in Deutschland Pflichtbeiträge gezahlt, obwohl das nicht der Fall war

Rentenzahlungen ab dem Stichtag 01.01.1990 an die Rentner im ehemaligen Gebiet der DDR. 4,5 Millionen Rentenberechtigte jeden Monat kamen dazu, ohne dass für sie je Beiträge in die Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland geleistet worden wären. Gleichzeitig wurde vom Staat unkontrolliert zugelassen, dass im Gebiet der „Neuen Bundesländer“ massiv Arbeitsplätze und damit Pflichtbeitragszahler wegfielen.

Übernahme der Knappschaftsversicherungen nach deren Zahlungsunfähigkeit, auf Anweisung der Regierung, unter Beibehaltung der etwa doppelt so hohen Knappschaftsrenten, mit Übernahme des jährlichen Fehlbetrages

Weitere große Einzelentnahmen wie Bundeswehraufbau, NATO-Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen kommen noch hinzu.

Kommentar:

Der Staat hat also, politisch gewollt, eine Reihe von Gruppen und Personen durch Leistungsgesetze Leistungen zugesagt. Diese Vorgänge sind aber gesamtgesellschaftliche Verpflichtungen und können nicht nur der Rentenversicherung und deren Beitragszahlern und deren regulären Rentenempfängern aufgelastet werden.

Die Problematik der fehlenden oder viel zu geringen Pflichtversicherungsbeiträge der im Niedriglohn und in der Leiharbeit Beschäftigten ist der Regierung bekannt, sie versucht aber, dieses Thema zu verschweigen. Schon heute ist klar, dass auf Deutschland eine Lawine von „Grundsicherungsempfängern“ zurollt, wenn an den geltenden Gesetzen keine Änderungen vorgenommen werden. Mehr als 7 Millionen Menschen, die heute noch im Berufsleben stehen, werden dann als Rentner von staatlichen Transferleistungen leben müssen.

Bisher versucht die Regierung das Problem „auszusitzen“ und schaltet die Propaganda-Maschinerie ein, um von der Bedrohung abzulenken. „Die reichen Rentner“ sollen die Schuld zugeschoben bekommen.

Zu 5.) Das Institut DIW hat sich von der Versicherungswirtschaft, die private Zusatzrentenversicherungen verkaufen will und von der IRegierung einspannen lassen, zur Jahresmitte 2009 eine Veröffentlichung heraus zu geben, um Stimmung gegen die Rentner zu machen. Titel: „Rentnerhaushalte haben mehr Geld als Familien mit Kindern: Das verfügbare Jahreseinkommen liegt im Schnitt um 4.000.- EUR höher“. Dieser Titel ist irreführend, denn er suggeriert, dass die Rentner monatlich mehr Geld zur Verfügung hätten, als die jungen Familien.

weiter Seite 5

Das ist natürlich in Wahrheit nicht der Fall. Außerdem wurden in der Studie wieder alle Vermögensgruppen gemeinsam untersucht, nicht nur die Rentner, sondern auch Beamte und Selbständige. Die so festgestellten Vermögen der älteren Alterskohorte wurden dann auf alle Köpfe dieser Gruppe verteilt, unabhängig davon, um was für eine Art von „Senior“ es sich dabei handelte. Das Netto-Vermögen der über 56-Jährigen (Erspartes, Immobilien) beträgt im Schnitt demnach 121.000 bis 144.000.-EUR/Person, während die 26- 35-Jährigen im Schnitt nur 30.000.-EUR/Person besitzen.

Kommentar:

Dass hier vom DIW hässliche Auftrags-Propaganda mit wissenschaftlichem Anstrich gemacht wurde – von der BILD-Zeitung groß heraus gestellt, liegt auf der Hand. 56-Jährige sind noch keine Rentner und auch keine „Senioren“, aber auf der Einkommensebene liegen sie sehr günstig und haben schon vielfach privaten Wohlstand durch Immobilienerwerb geschaffen.

Es ist absolut normal, dass junge Leute, die erst in das Erwerbsleben eingetreten sind, noch keine Reichtümer angesammelt haben können.

Ferner ist es biologisch normal, dass gerade jüngere Familien Kinder bekommen und erziehen. In dieser Phase geben sie vom verfügbaren Einkommen einen großen Teil für die Erziehung ihrer Kinder aus, was ebenso wieder ein ganz normaler Vorgang ist. Das haben die inzwischen wohlhabend gewordenen Älteren auch so gemacht und als selbstverständliche Verpflichtung angesehen, neben der Versorgung ihrer Eltern im Alter. Sind die Kinder dann erwachsen, hat sich zugleich auch das Einkommen im Durchschnitt deutlich erhöht und es fällt dann wesentlich leichter, privates Vermögen (zum Beispiel durch Erwerb eines Wohneigentums zu schaffen) Ebenso ist es normal, dass die Älteren, ihre Kinder und Enkel finanziell meist unterstützen, wenn ihre Verhältnisse das irgendwie erlauben, und notwendige oder wünschenswerte Ausstattungen oder Anschaffungen in Form von Geschenken erbringen. Ebenso ist es normal und üblich, dass die Alten einen großen Teil des erarbeiteten Wohlstandes am Ende ihres Lebens den Kindern und Enkeln als Erbe hinterlassen.

Man könnte genau so unsachlich, weil nicht zutreffend, titeln: „Erbengeneration fragt: wann gibt es endlich das Erbe?“

EUR/Jahr geringeren verfügbaren Jahreseinkommens von Familien mit Kindern ist anzumerken, dass wiederum jüngere Leute noch nicht so viel verdienen.

Umgerechnet auf den Monat wären das netto 333.-EUR, die das monatliche verfügbare Einkommen der jungen Familien niedriger wäre. Das kann als ganz normaler Wert betrachtet werden.

Der Fehler im deutschen Sozialsystem ist es, dass es jungen Familien relativ schwer gemacht wird, ihre Kinder groß zu ziehen und sie durch Krippen, Kindergärten und Schulen zu bringen. Junge Frauen heute wollen auch berufstätig sein, viel mehr als noch vor 40 Jahren, als die traditionelle Rollenverteilung mit der Frau zu Hause als Hausfrau noch das vorherrschende Modell war.

Heute verhindern die jungen Frauen, dass sie schwanger werden, weil sie zuerst einmal berufstätig sein wollen und sich auch im Beruf beweisen wollen. Die von der Gesellschaft zu gering geleistete Unterstützung und Entlastung, verbunden mit der immer größeren Unsicherheit bei Beruf und Arbeitsstelle, zunehmend nur in befristeten Beschäftigungsverhältnissen, bilden zusätzlich heute eine hohe Barriere, vor der viele jüngere Leute zurück schrecken und bevorzugen, dann eben kinderlos zu bleiben.

Volker Fritz

Gelöscht: ¶
Zu der Thematik des um 4.000.-

Gelöscht:

Formatiert: Schriftartfarbe: Schwarz

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett, Schriftartfarbe: Schwarz

Kommentar [F1]:

Gelöscht: ¶
¶

Kommentar [F2R1]:

Kommentar [F3R2]: